

Deutschland.

Berlin, 25. November. Die Einsetzung von Subkommissionen der Bundestagmission, so schreibt man, wird, wie allgemein gehofft wird, die Beratungen des Militär-Etats in der Kommission erheblich fördern. Dennoch dürfte mindestens die ganze Woche bis zum Abschluss dieses Etats in der Kommission vergehen. Unter solchen Umständen ist kaum anzunehmen, dass die zweite Lesung des Reichshaushalts-Etats vor Weihnachten noch erledigt werden könnte. Heute verlautete sogar, es sei zweifelhaft, ob die zweite Lesung des Sozialistengesetzes noch vor den Ferien erledigt wird. Indes wird dies doch für wahrscheinlich angesehen. Auch das Bankgesetz soll jedenfalls noch vor den Ferien zum Abschluss gebracht werden. Die zweite Beratung des Bankgesetzes wird voraussichtlich am Donnerstag stattfinden.

Die „Börz.-Ztg.“ meldet: „In Folge einer telegraphischen Depesche vom Montag früh sind sämtliche einbezüglichen Kräfte der Genbank aus der Umgebung Berlins im Laufe des Vormittags nach Luchow abgereist, wo einzelne Fabriken in Folge der seit längerer Zeit dort im Gange befindlichen sozialdemokratischen Aufregungen und der ausgedehnten Streiks gefährdet sein sollen. Nähere Nachrichten fehlen bis jetzt noch.“ Thatsache ist, dass in Luchow durch die Tätigkeit mehrerer aus Berlin ausgewandener Agitatoren die sozialdemokratische Bewegung außerordentlich gewachsen ist.

Die Kaiserin Friedrich konnte ihren beabsichtigten Ausflug nach Delphi nicht unternehmen, da der Winter im mittleren Griechenland schon jetzt mit ziemlicher Heftigkeit hereinbrochen ist, und sowohl Schneefälle wie anhaltender Regen die Wege ziemlich unpassierbar gemacht haben. Die Kaiserin besuchte deshalb von Nauplia aus nur noch Palamidi, woselbst sie einen halben Tag mit photographischen Aufnahmen der Stadt, des Hafens und der äußerst romantischen Umgebung zubrachte. Den photographischen Apparat handhabte die Kaiserin ohne jede fremde Hilfe. Die Behörden von Palamidi hatten der hohen Frau eine äußerst bezügliche Aufnahme bereitet. — Man fürchtet, dass das unfreudliche Wetter auch den Ausflug nach Olympia beeinträchtigen wird.

Ueber die geplante Verstärkung der Garisunen in Elaf-Vorbringen um zwei Jägerbataillone wird der „Börz.-Ztg.“ geschrieben:

Der ganzen Vertheilung der Truppen liegt der Plan zu Grunde, einem etwaigen überausigen Widerstand entgegen zu treten. Die langgestreckte Grenze von Wilhausen bis Diefenhofen einerseits und plateauartige Terraineigenschaften andererseits machen eine starke Verwendung von Kavallerie nötig. Diefenhofen, Wetz und Saarburg sind die Stützpunkte der zahlreichen kriegsfähigen Kavallerie; dabei liegt aber die weite Entfernung von Wetz und Saarburg in der Mitte eine Lücke, die auch durch die, das vor einigen Jahren ein Infanterie-Regiment erhielt, nicht hinreichend ausgefüllt erschie. Diese Ausfüllung soll die neue Militärstadt Mörchingen befragen. Von Saarburg bis Wilhausen bilden bekanntlich die Bogen eine natürliche Grenze. Ueber dieselben führen außer der alten Burgumherpforte Wilhausen-Belfort nur drei Straßen: die Zoberner Steige, die Donnerschlag und der Pfaff Marckhof. Die Steige wird durch Zobern, die Donnerschlag durch Schirm und Kethan und der dritte Pfaff Marckhof durch Schirm und Marckhof führen nun, wie bestimmt verlautet, gleich Zobern je ein Jäger-Bataillon als Garnison erhalten, da keine anderen Truppen sich in den schwierigen Verhältnissen verwenden lassen. Die Verhandlungen behufs Unterbringung der neuen Truppen sind bereits überall im ganzen Reichslande in vollem Gange. In Marckhof werden sich ohne Zweifel zur Zeit unbekannte Fabrikanlagen dazu verwenden lassen, in Schirm dagegen wird man nachgefragt zum Barackenbau greifen müssen. Dasselbe geschieht in Saarburg und Mörchingen. Im letzteren Orte werden auch zugleich die nötigen Offizierswohnungen erbaut werden.

Wir haben f. Z. mitgeteilt, dass von mehreren wirtschaftlichen und industriellen Vereinen in diesem Herbst eine Kommission nach England entsendet worden ist, um die dortigen Arbeiterverhältnisse aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Die Kommission hat während ihres Aufenthaltes in England periodisch tagesweise Berichte an die Vorstände der betreffenden Vereine abgesandt, welche den Zweck hatten, die empfangenen Mitteilungen und Eindrücke zu fixieren und die Vorstände über dieselben auf dem Laufenden zu erhalten. Die Form dieser Berichte und der Umfang, das sie vertrauliche Mitteilungen von den verschiedensten Personen enthielten, machten dieselben zur Veröffentlichung ungeeignet, sie waren daher ausdrücklich als „vertraulich“ bezeichnet. Um das von der Kommission gesammelte Material jedoch auch dem gemeinen Interesse zu verwerthen ist, ein streng sachlicher Bericht angefertigt, der sich als Entwurf unter der Presse befindet und in Veranlassung, die bereits am 13. und 14. Dezember d. J. ausgeschrieben sind, feigelegt und dann der Öffentlichkeit übergeben werden sollte. Unter diesen Umständen ist es zu bedauern, dass die ursprünglichen, mehrfach nicht direkt zur Sache gehörenden Material enthaltenden Reichsberichte, die demgemäß auch zu irrtümlichen Schlussfolgerungen Gelegenheit geben können, durch Vertrauensbruch oder sagen wir augenscheinlich durch Diebstahl in die Hände der Redaktion des „Berliner Volksblatt“ gelangt sind, welches mit der Veröffentlichung derselben gestern begonnen hat. Ein Strafamt wegen unberechtigten Nachdrucks ist bereits gegen das genannte Blatt gestellt worden.

Die Vertrauensmänner des Reichstages-Vereins der Bergleute in Saar-Lothar hatten früher beschlossen, eine Petition an den Kaiser abgeben zu lassen, um dessen Eintreten zu Gunsten der Bergleute zu erbitten. Zu diesem Entschlusse waren die Führer der Bergarbeiterbewegung erst gelangt, nachdem eine Petition an das Oberbergamt in Bonn ohne Antwort geblieben war. Die Abfertigung der damals beschlossenen Petition verzögerte sich jedoch, die

Arbeiter hatten durch die Zeitungen von den Reichspositionen des Landesherren Kenntnis erhalten und wollten erst dessen Rückkehr nach Berlin abwarten.

Die Petition soll nunmehr an einem der nächsten Tage von Saarbrücken nach Berlin abgehandelt werden. In derselben wird u. A. um die „Wiederanlegung“ derjenigen Bergleute gebeten, welche lediglich in ihrer Eigenschaft als Vorführer der Kameraden aus der Arbeit entlassen worden sind, ohne dass sie sich sonst in Vergehen hätten zu Schulden kommen lassen. Derartige Entlassungen sind noch in jüngster Zeit vorgekommen.

Im Ruhrbezirk ist wieder ein Mangel an Kohlenwagen hervorgetreten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet darüber:

Obwohl der Eisenbahnverkehr von Kohlen und Roheisen im November vorigen Jahres schon um 8,36 Prozent größer war, als im November 1887, zeigen — wie wir hören — die drei ersten Wochen des laufenden Monats nach den Meldungen des Wagenamts eine weitere Vermehrung: es sind 176,746 Wagen zu 10 Tonnen gegen 170,983 im vorigen Jahre abgefahren, immer über 3,3 Prozent mehr. Ungeachtet der gleichzeitigen erheblichen Zunahme des übrigen Güterverkehrs sind den Gruben die verlangten Wagen bis auf 2755, gleich 1,6 Prozent der gestellten Wagen, rechtzeitig zugeführt worden. Zu den großen Schwierigkeiten, welche mit der Wagenzuführung verbunden waren, ist in den letzten Tagen eine Ungunst der Witterung hinzugekommen. Seit Beginn der letzten Woche bis zum Freitag herrschte an der Ruhr dichter Nebel, welcher stehend auf die Rangirarbeiten wirkte, so dass vielfach die beladenen Wagen in ihrem Abgang verzögert und der Lauf leerer Wagen gehindert wurde. Es war unermesslich, dass unter solchen Umständen der Wagenbedarf in den letzten Wochen nicht voll gedeckt werden konnte; am Freitag blieb die Stellung von 9800 Wagen um 1645 Wagen hinter der allerdings ungewöhnlich hohen Anforderung zurück. Nachdem das Hindernis weggefallen, wird hoffentlich auch die Wagenstellung regelmäßig werden.

In Diefenhofen sind in den drei ersten Novemberwochen dieses Jahres 69,055 Wagen Kohlen und Roheisen, 4,5 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, verkauft.

Wie ein Telegramm meldet, ist am Sonntag Abend der Tod des früheren amerikanischen Gesandten in Berlin, George Pendleton, erfolgt. Obwohl in dem Telegramm die Ursache seines Todes nicht angegeben, lässt sich doch annehmen, dass er einem erneuten Schlaganfall erlegen ist. Als der Verstorbene vor jetzt nahezu vier Jahren nach Berlin kam, war er ein Bild der Gesundheit, ein im besten Mannesalter stehender, lebensfroher Mann, der es verstand, den bezeichnenden Namen, unter dem er in seiner Heimatstadt Ohio bekannt war, „Gentleman George“ auch hier zur Geltung zu bringen. Er fand schnell Eingang in die besten Kreise unserer Gesellschaft und führte sein Amt mit außerordentlicher Umsicht und vielem Takt. In der Politik hatte er ein gütliches Haus, dem seine Gattin mit liebenswürdigem Verständnis auch für deutsche Seiten vorstand. Da traf ihn unerwartet und sah ein harter Schlag. Während er im Frühjahr 1886 von der Parade auf dem Tempelhofer Felde heimkehrte, wartete seiner in der Gesellschaft ein Telegramm, welches ihm meldete: seine in Amerika beschuldigte weite Frau und seine Tochter seien im Zentralpark durch das Schenken von Pferde aus dem Wagen geschleudert worden, seine Gattin sei auf der Stelle tot geblieben, seine Tochter sei schwer verletzt. Der schwer geprüfte Gatte brach unter diesem Schlag nicht sofort zusammen, aber er war fortan ein stiller Mann. Er begann zu fränkeln und in Wiesbaden, wo er Heilung suchte, wurde er von einem Schlaganfall betroffen. Zwar erholte er sich wieder, aber er war nur der Schatten von ehemals, es ging merklich abwärts mit ihm und als seine hiesigen Freunde von ihm Abschied nahmen, nachdem er sein Amt niedergelegt, geschah es mit dem Empfinden, dass sie bald trübere Nachrichten über ihn erwarten dürften. In Berlin wird man dem Heimgangenen ein freundliches Andenken bewahren.

Die unter der Firma „Hannoversche Zündholz-Kompagnie“, Inhaber Ernst Lennemann und And. Zabel, in Hannover bestehende Fabrik zur Herstellung sogenannter schwebender Zündhölzer ist von einem Konfuzium mit der Firma Chemische Zündwaren-Fabrik auf Aktien in Zano in Funktion worden. Das gesamte Aktienkapital beträgt 1,020,000 Mark. Die Fabrik in Zano vertheilt in den letzten drei Jahren je 16 Prozent Dividende, während sich die Rentabilität der hiesigen Firma in diesen Jahren noch wesentlich günstiger stellte.

Die Post von dem am 23. Oktober aus Shanghai abgegangenen Reichs-Poßdampfer „Neckar“ ist in Brindisi eingetroffen und gelangt für Berlin voraussichtlich am 27. d. Mts. Vormittags zur Ausgabe.

Köln, 25. November. (V. T.) Die heute Abend von der deutschen Kolonialgesellschaft, Abtheilung Köln, und dem Afrika-Verein deutscher Katholiken auf dem Gürzenich einberufene Antislavery-Versammlung erfreute sich eines äußerst zahlreichen Besuchs. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, der Erzbischof von Köln, viele Generale, höhere Offiziere und die Spitzen der Zivilbehörden waren erschienen, während die Gallerie von Damen dicht besetzt war. Im Ganzen dürften 3500 Personen anwesend gewesen sein. Die Versammlung wurde durch eine Begrüßungsrede des Oberlandesgerichts-Präsidenten Struchmann eröffnet. Erster Redner war Leutnant Giese, der frühere Stationschef von Wipperfurth. Derselbe, von den Anwesenden mit Beifall begrüßt, verkehrte sich über seinen zweijährigen Aufenthalt im Inneren Afrikas und schilderte ergreifend die Gräueltaten des Sklavenhandels und Sklavenverkehrs sowie die Charaktereigenschaften der Neger, wobei er der katholischen Mission in Bagamoyo sowie allen anderen warmes Lob spendete. (Beifall.) Zweiter Redner war Pater Amrein, Generaloberer der deutschen Westafrika. Derselbe erschien in Begleitung von zwei Negerknaben, von denen einer aus Kamerun, der andere aus dem Sudan stammt, sowie einem seiner Zeit von Buschiri gefangenen Ordensbruder. Er schilderte die Schicksale des Sklavenlebens und die Befreiung eines der Negerknaben, der einen seiner Peiniger getödtet hatte, und

dessen jetzige Erziehungsweise. Redner verlangte vor Allem, dass dem Fortschreiten des Islams Einhalt geboten werde, besonders im Sudan und Ostafrika, und forderte alle Bevölkerungskreise auf, an dem Werke der Sklavenbefreiung sich zu betheiligen. Lebhafter Beifall folgte auch diesen Ausführungen. Als dritter Redner tritt Professor Fabri (Bonn) auf. Derselbe befürwortet baldige Wiederaufnahme der Arbeiten der afrikanischen Gesellschaft, Anlegung von Eisenbahnen, eventuell eine Garantie des Besitzes der afrikanischen Gesellschaft, Aufstellungen gebieter Kolonisten in deren Gebieten, Gewinnung der auf der Brüsseler Konferenz vertretenen islamitischen Regierungen für Eindämmung des Sklavenhandels, Einwirkung in gleichem Sinne auf Frankreich, allgemeine Entlassung an der ostafrikanischen Küste, Abgrenzung der europäischen Interessensphären. Fabri meint, Dr. Peters werde von Berlin ergangenen Hilfsgeboten nicht folgen und warnt vor zu großen Erwartungen bezüglich der Folgen der Kolonialpolitik. (Beifall.) Staatsminister Hofmann als Vertreter der deutschen Kolonialgesellschaft bringt deren Grundsatz und seine Wünsche und theilt mit, seine Gesellschaft sei für die Erziehung der befreiten Sklaven zur Arbeit durch Zuteilung an Kolonialgesellschaften oder zur Bildung von Aufseherungen befreiter Sklaven, wozu er ein Vorschlag an. Justizrat Sieger schließt darauf mit Mittheilungen auswärtiger Sympathieausdrückungen und mit einem Hoch auf den Kaiser die Versammlung.

Hamburg, 21. November. Die Einfuhr amerikanischer Oefen wird sich in nächster Zeit noch steigern. Zwei Dampfer, „Tönnies“ und „Schleswig“, befinden sich zum Zweck der Viehförderung bereits in Amerika; ein dritter, „Helsink“, soll demnächst folgen. Die Viehförderung des Viehs wird allgemein gerühmt. Jetzt wird beabsichtigt, auch Wagnervieh von Amerika kommen zu lassen. Es soll in Gütstadt gelandet und zur Mästung auf die Weiden der Dorfgemeinde gebracht werden. Derzeit baut man für diesen Zweck große Viehschuppen.

Der neue Tantsampfer „Bürgermeister Petersen“, der für H. Siemens und Co. bei Armstrong, Mitchell und Co. erbaut wurde, traf von seiner ersten Reise mit einer Ladung von 4000 Tons (27,000 Fäß) hier ein.

Oldenburg, 24. November. Wie das „Witz. Tagebl.“ berichtet, werden seit kurzer Zeit auf der kaiserlichen Werft zu Wilhelmshafen die umfangreichsten Vorbereitungen für den Bau eines der vier großen Panzerkreuzer der Flotte von 10,000 T. getroffen. Weil der Panzer eine Länge von 108 Meter erhalten wird, muß der hierfür bestimmte Helling um einige 20 Meter verlängert werden, und trotzdem wird das Schiff noch um 5 Meter darüber hinaus ausgebaut. Diese Erweiterung des Hellings ist nur eine provisorische, wie solche zur Zeit des Baues des „Großen Kurfürsten“ ebenfalls geschah. Die Arbeiten zu dieser Vergrößerung werden mit größtem Eifer in Angriff genommen, damit die Vorkehrungen zur Stapellegung des Panzers schon mit Anfang nächsten Monats getroffen werden können. Ebenso ist man in den Bureau und dem Schiffsboden eifrig damit beschäftigt, Zeichnungen und Pläne für die Spannen und Steuen anzufertigen, nach welchen die Modelle ausgeführt werden. Die Ausschreibung der Materialien ist bereits erfolgt und, wie verlautet, der Firma Krupp in Essen der Auftrag zur Lieferung der Stahlscheiben mit einem Gesamtgewicht von 1200 Tonnen und der Winkelisen, 300 Tonnen, erteilt worden. Kleinere Facetten dürfte die Gute-Hoffnungshütte liefern, während die Compound-Panzer im Dillingen-Hüttenwerke gegossen und geschmiedet werden. Da die Firma Krupp schon Anfang Dezember einen Teil der Bleche und Winkelisen liefern will, so wird auch die Kiellegung schon im nächsten Monat erfolgen.

Leipzig, 25. November. Der Erbgroßherzog von Hessen feierte heute bei seiner Teilnahme seines Vaters seinen 21. Geburtstag. Der Großherzog wird am 30. November nach Darmstadt zurückkehren.

Mainz, 21. November. Die vom Reichs-Militärklub des Mainzer Universitätsfonds übertragene Waffenheimhof-Kasse wurde heute hier öffentlich versteigert, nachdem die Stadt Mainz auf die Erwerbung für einen öffentlichen Zweck zum Preise von 150,000 Mark verzichtet hatte. Diefelbe ging zum Betrage von 201,500 Mark an die Weinhandlung D. Levinger hier über, vorbehaltlich der Genehmigung des Ministeriums.

München, 24. November. Der Magistrat und das Gemeinderat-Kollegium Nürnberg beschlossen, für eine Reihe von Jahren eine Abmässigung des größten Theiles des Konsums einzutreten zu lassen. Hierdurch glauben die genannten Körperschaften einen Zufluß von 100,000 bis 150,000 Mark für das Kaiser Wilhelm-Denkmal erzielen zu können. — Dem Oberst-Leutnant Vogel, a la suite des 1. Fuß-Artillerie-Regiments, verwendet im Reichsdienste als Artillerie-Offizier vom Platz der Festung Ulm, ist der Rang eines Regiments-Kommandeurs verliehen worden. — Der Herausgeber des „Bairischen Vaterland“, Dr. Sigl, hat gegen das Urtheil des Landesgerichts, durch welches er wegen des bekannten Artikels beim Ableben von Kaiserin Elisabeth der Königin-Mutter zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt wurde, Beschwerde beim Ober-Landesgerichte eingelegt. — Gegen das Urtheil des Landesgerichts in Sachen des Röhrener Eisenbahn-Unfalls wurde seitens der Verteidigung die Revision angemeldet. — Das Defizit der 7. deutschen Tafelfeste beträgt etwa 36,000 Mark. Von diesen werden 25,000 Mark durch die Stadtgemeinde München gedeckt. Die fehlenden 11,000 Mark sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden.

München, 25. November. Die Kammer der Reichsräte hat den Gesetzentwurf, betreffend die Verteilung von Doppelgleisen sowie den Militärstat, ohne Debatte und einstimmig angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. November. In mehreren deut-

lichen Provinzial-Landtagen erregten die Debatten über das böhmische Staatsrecht ein lautes oder leiser nachschlingendes Echo; so auch in der Landstube zu Wien, wo die deutschliberale Partei über die überwiegende Mehrheit verfügt. Doch kann man nicht sagen, daß die Art, wie einer ihrer Wortführer, Professor Eduard Suß, die Sache aufzufaßte, überaus glücklich war. Gewiß steht dem böhmischen Staatsrecht das österreichische gegenüber; aber das Verlangen des Professors Suß, es möchte sich doch endlich einmal eine „österreichische Partei“ bilden, um den Gesamtstaat gegen die auf denselben erfolgenden Angriffe zu schützen, hat doch sein Bedenkliches. Denn wenn der Staat wirklich in den Schutze einer Partei gestellt würde, wenn wir wirklich so weit wären, um alles, was außerhalb dieser Partei sich vollzieht, als anti-österreichisch zu betrachten, so ständen die Dinge sehr gefährlich. Der niederösterreichische Landtag ging nicht aus einander, ohne daß Abgeordneter Dumba in seiner Schlussrede an den Präsidenten nochmals betheuert hätte, daß diese Verammlung wenigstens festhalte an der Einheit des Staates, an dem Verfassungsgebäude und an dem deutschen Charakter der Monarchie. Auch über die Finanzlage des Zentral-Kronlandes konnte der Bericht-erhalter über das Budget, Dr. Wagg, nur Gutes mittheilen; denn dem sich ausnahmsweise in diesem Jahre einstellenden Defizit stünden sehr starke Aufwände gegenüber, und Niederösterreich sei in der Lage eines wohlhabenden Mannes, der eben nur durch einige zufällig zusammenstreichende, größere Ausgaben sich angelockt stark in Anspruch genommen fühle. Eine Anleihe sei jetzt überflüssig, wenn auch anzunehmen sei, daß die größeren in Aussicht stehenden Unternehmungen, wie die Wienfluß-Regulierung, die Erweiterung der Donau-Regulierung, der Donau-Deer-Kanal ein außerordentliches Geldbedürfnis erregen würden.

Wien, 25. November. Eine Rundgebung der anglo-österreichischen Bank in Angelegenheit der von der serbischen Regierung verfügten Revision der Salzverträge in Serbien stellt fest:

- 1) Die bezügliche Kontrolle liegt innerhalb der vertragsmäßigen Befugnisse der serbischen Regierung;
- 2) das von der Anglobank vertragemäßig in Serbien vorrätig zu haltende Salzquantum beträgt 40,000 Meter-Feinmer, die thatsächlichen Vorräthe betragen seit dem Bestehen des Vertrages stets ansehnlich mehr und sind momentan fast doppelt so groß;
- 3) ca. 1/3 des eingeführten Salzes werden vertragemäßig aus Ungarn und Rumänien bezogen auf Grund bestehender Verträge mit den betreffenden Regierungen, und zwar bezogen aus Staatenwerten, unter behördlichem Verschluß nach Serbien transportirt und von den serbischen Behörden zu zollamtlicher Behandlung übernommen. Für ein geringes Rest-Quantum wird germanisches, südtürkisches und Seesalz gleichfalls in vorchriftsmäßigen Qualitäten eingeliefert;
- 4) besteht keinerlei Vertragsverpflichtung der Anglobank, die Bücher bei den Niederlagen in serbischer Sprache zu führen;
- 5) hat die Anglobank während des siebenjährigen Betriebes des Salzmonopols keinerlei Anlage in gegründeter Beschwerde gegeben und ist sich bewußt, den Vertrag stets auf das scrupulöseste eingehalten zu haben.

Schweiz.

Bern, 25. November. Die Stelle in der Eröffnungssprache des Ständeraths-Präsidenten Hoffmann, welche sich auf das Gesetz über den Bundesanwaltschaft und über das durch die Ablehnung der Volksabstimmung über dasselbe ertheilte Vertheilungsbuch bezieht, hat nach dem veröffentlichten offiziellen Texte folgenden Wortlaut: „Das Zutragsvotum, welches die Bundesbeschlüsse erhalten haben, wird dieselben er-muthigen, auch fernverbin greuen den Ueberlieferungen unseres Landes ebenso sehr die Erfüllung seiner völkerrrechtlichen Verpflichtungen zu sichern, als stark im Bewußtsein seines guten Rechts jeden Angriff auf seine Freiheit und Selbstständigkeit zurückzuweisen.“

Frankreich.

Paris, 24. November. Ein Petersburger Brief des „Soleil“ beschäftigt sich eingehend mit dem „französischen Bündnis“. Dasselbe sei wohl nicht abgeschlossen, aber die öffentliche Meinung habe dessen Abschluss für „nötig und dringend“. Es gäbe allerdings noch viele Zweifler, welche fürhieten, daß Frankreich im letzten Augenblick im Stiche lassen werde. Gerade deshalb forderten die Anhänger des russisch-französischen Bündnisses dessen formellen Abschluss. „Frankreich“, so sage man, „besitzt eine solide Armee, eine prächtige Bewaffnung, einen großen Kredit.“ Alle nach Paris gehenden Straßen werden dort mit offenen Armen empfangen. Diese zwei Strömungen, die blüthenfreundliche und blüthenfeindliche, träten in allen Klassen der Bevölkerung, ja selbst in der intimsten Umgebung des Zaren zu Tage. Die Armee ist durchweg französisch-französisch, genau so, wie die Studenten, die Männer der Wissenschaft und die alte orthodoxe Partei. Dagegen zaudern die bürgerlichen Klassen, weil sie fürchten, daß ein offenes Bündnis das Zeiden zu sofortigem Kriege wäre. Andererseits sind die Diplomaten getrennter Meinung, wie auch die Minister. Die Verantwortlichen wollen Zeit gewinnen, die Wärmelichten wollen handeln. Bemerken Sie wohl, daß die einen so gut wie die anderen französisch-französisch sind. Aber die ersten scheuen, daß Frankreich zurücktreten könnte (gegen die Rückgabe von Mekl.) wie es in dem Brief an einer anderen Stelle heißt, während die letzteren behaupten, daß es Hand in Hand mit uns marschiren werde. Was nun die Presse betrifft, die seit einigen Jahren eine Wacht zu werden anfängt, so ist sie fast durchweg für das französische Bündnis. Dann geht der Verfasser auf die Vorliebe Alexanders II. für die fremdländischen Elemente über, um so fortzuführen: „Heute hat das russische Element seine Krönung genommen. Die Bezeichnung „Fremder“, welche sonst alle Gunstspenden öffnete, wird jetzt keineswegs mehr als ein Privileg angesehen, im Gegenteil! Die Deutschen, welche in den baltischen Provinzen herrschten, sind daraus verjagt worden. Man rüffelt sich Kurland, Estland, Lithauen, so gut, wie Persien und den Kaukasus.“ Der Korrespondent des „Soleil“ will freimüthig zugeben,

daß man hier und da ein bißchen zu weit gegangen, daß man sich einige „Ausdehnungen“ zu schulden habe kommen lassen, aber „der allgemeine Eindruck ist der einer wahren Befreiung“.

Italien.

Rom, 25. November. Aus Anlaß der Eröffnung des Parlaments hatte sich vom Quirinal bis zum Kammergebäude eine zahlreiche Menschenmenge versammelt, welche den König, die Königin und die übrigen Fürstlichkeiten bei der Fahrt nach dem Parlamentsgebäude lebhaft begrüßte. Auch beim Eintritt in den Saal und beim Verlassen desselben wurden den Majestäten seitens der Deputirten, der Senatoren und des Publikums große Ovationen dargebracht. Die Königin hatte sich in der königlichen Loge niedergelassen. Zur Rechten der Königin befand sich der Kronprinz, welcher, da er noch nicht großjährig ist, nicht an der Seite des Königs Platz genommen hatte. Zur Linken der Königin saß der Großherzog von Sachsen-Weimar. Der König, der zur Rechten den Herzog von Aosta, zur Linken den Herzog von Genua hatte, verließ die Thronrede auf dem Thronesself sitzend. Die Minister und der gesamte Hofstaat hatten in der Nähe des Königs Aufstellung genommen; in der Diplomatenloge befand sich die athenische Mission. Die Thronrede wurde an einigen Stellen mit lebhaften Beifallsrufen aufgenommen, so insbesondere nach den Worten, „daß wir weder Hinterhalte noch Gefahren zu fürchten brauchen“, ferner nach dem Passus, worin von den internationalen Beziehungen gesprochen wird, und nach den Worten, mit denen der König der Vermählung des Dreieinigen um die Erhaltung des Friedens gebachte. Nach Beendigung der Thronrede erschollen lang anhaltender Beifall und stürmische Hochrufe auf den König.

Großbritannien und Irland.

London, 24. November. In England ist man geneigt, den Mittheilungen Stanley's über den Flächenumfang des Victoria-Nyanza die weitgehende Bedeutung im Hinblick auf die Handels- und verkehrsrechtliche Zukunft Wimafricas beizumessen. Wie schon berichtet worden, hat Stanley sich durch persönliche Augenschein überzeugt, daß das genannte Wasserbecken sich nicht unbeträchtlich weiter erstreckt, als bis dahin angenommen worden war. Der Victoria-Nyanza entfließt nämlich einen langen Ausläufer in südwestlicher Richtung, welcher den tiefen See von dem Tanganyika trennenden Zwischenraum auf nur 155 (engl.) Meilen verringert, den wahren Umfang des Victoria-Nyanza aber um 1900 Quadratmeilen vermehrt. Auf Grund dieser Stanley'schen Entdeckung erhält man von der Anordnung der großen afrikanischen Binnenseen ein ganz anderes Bild; gerade die beiden größten derselben treten in ein ungleich engeres Verhältnis zu einander; der Umfang, daß Victoria-Nyanza und Tanganyika nur anderthalbhundert englische Meilen auseinanderliegen, hat in unternehmenden englischen Köpfen schon den Plan entworfen lassen, das fehlende Zwischenglied durch Anlegung eines Kanals zu ergänzen und dadurch einen Wasserweg von dem Mittelmeer bis in das Herz des dunklen Welttheils, und darüber hinaus, zu schaffen; einen Wasserweg, der freilich hier und da durch Wasserfälle, Stromschnellen und Untiefen unterbrochen wird, aber in seiner gewaltigen Ausdehnung von der Meeresküste bis zum 9. Grad nördlicher Breite der modernen Technik eine Aufgabe stellt, in deren Lösung ein auf die Dauer unüberwindlicher Anreiz gegeben sein dürfte. Wenn nach Stanley's Richtigmessung die Gesamtentlänge des Victoria-Nyanza nunmehr auf 270 Meilen sich erhöht, während der Tanganyika ihrer 400 mißt und der Zwischenraum mit 155 Meilen hinzukommt, so würde nach Fertigstellung des Verbindungskanal zwischen beiden Wasserbehalten Wimafraka in den Besitz ein ununterbrochen schiffbarer Straße von 825 Meilen treten. Es kommt hinzu, daß die Südspitze des Tanganyika von der Nordspitze des Nyanza's nur durch etwa zwei Breitengrade getrennt ist und letzterer wiederum seinerseits tief in die Gebiete hineinreicht, wo jetzt die britisch-afrikanische Gesellschaft und das portugiesische Kolonialreich einander den Vorrang streitig machen — um zu erkennen, welche ein ungeheures Gebiet fruchtbringender Thätigkeit sich der europäischen Arbeit auf binnen-afrikanischem Boden eröffnet. Es bedarf in der That keiner ungesondelten Prognose, um zu behaupten, daß die Herstellung des vorhin skizzirten Wasserweges heute nur noch eine Frage der Zeit, wenn auch vielleicht noch einer recht geraumen Zeit ist, und daß die Vorteile, welche dem afrikanischen Kontinent und den auf ihm angesiedelten Kolonialmächten durch Erschließung und, wo nöthig, durch künstliche Bewässerung der im Kanalreiche liegenden Landflächen erwachsen müssen, geradezu unberechenbar sind.

Rußland.

Der von uns erwähnte Befehl des General-Adjutanten Dragomirov hat selbst bei dem „Graßdank“ Unwillen erregt, und der bekannte Mitarbeiter Herr Rasko spricht sich über denselben folgendermaßen aus:

„Ja — wo leben wir denn eigentlich? fragen sich Viele entsetzt, die diesen Tagesbefehl gelesen. Doch nicht etwa in dem republikanischen Frankreich, wo man die Frage nicht der Rede werth hält, ob der Soldat demokratisirt und korruptirt wird! Dieser Tagesbefehl, der für alle russischen Offiziere etwas Verleekendes hat, wird ja überall im Auslande Gelächter erregen! Dieser Tagesbefehl wird ja von allen Soldaten des kaiserlichen Militärbezirks gelesen werden! ...“

Serbien.

Der Belgrader Korrespondent der „Daily News“ meldet: Ungeachtet neuer Dementis muß ich meine ursprüngliche Behauptung, daß Milan Christich, der serbische Gesandte in Berlin, einen Selbstmordversuch gemacht hat, aufrecht halten. Die Krankheit, an welcher er leidet, ist nichts anderes als die Folge des Attentats auf sein Leben. Die serbische Regierung telegraphirt wiederholt um eine Aufklärung der geheimnißvollen Angelegenheit, aber empfangt keine Antwort. Madame Artemija Christich, die jetzt in Paris ist, klagt auf Scheidung.

Wien, 21. November. In mehreren deut-

